

**Titel: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der Hansestadt Stralsund**  
**Einreicher: Fraktion LINKE offene Liste, Fraktion Bürger für Stralsund**

Federführung:	Fraktion LINKE offene Liste	Datum:	21.01.2019
Einreicher:	Fraktion LINKE offene Liste, Fraktion Bürger für Stralsund		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	31.01.2019	

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ab sofort und bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in der Hansestadt Stralsund zu verzichten und keine Bescheide mehr an betroffene Anlieger zu versenden.
2. Der Antrag wird zur Beratung in den Ausschüssen Bau, Umwelt und Stadtentwicklung und Finanzen und Vergabe verwiesen.
3. Die Wiedervorlage des Antrages zur abschließenden Beratung in der Bürgerschaft erfolgt am 07. März 2019.

### **Begründung:**

Die unterzeichnenden Fraktionen der Bürgerschaft begrüßen grundsätzlich die Ankündigung der Regierungsfractionen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 01.01.2020 mit Wirkung vom 01.01.2018. Zu Recht wurden diese Beiträge als ungerecht und oftmals unverhältnismäßige Härte kritisiert.

Wir sind der Ansicht, dass bereits ab sofort und bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Landesregelung in der Hansestadt Stralsund auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichtet werden kann.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Die Deckung ergibt sich aus der gesetzlichen Lösung.